



öffentlich

Betreff:

"Queerfeindliche Übergriffe verurteilen – präventive Maßnahmen in Golm ausweiten"

Einreicher: Fraktionen Sozial.DIE LINKE.Potsdam, SPD,
Bündnis90/Die Grünen, DIE aNDERE

Erstellungsdatum: 28.02.2023

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
01.03.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordneten der Landeshauptstadt Potsdams verurteilen die Angriffe auf queere Personen im Stadtteil Golm zutiefst und fordern den Oberbürgermeister auf, die in der Haushaltsplanung bereits veranschlagten Mittel zur Ausschreibung zusätzlicher, notwendiger Sozialarbeiter:innenstellen für den Bereich Streetwork im Rahmen aufsuchender mobiler Arbeit in Golm in einem ersten Schritt unverzüglich frei zu geben.

Dem Jugendhilfeausschuss ist in seiner Sitzung im Mai 2023 zu berichten.

Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg;

Dr. Sarah Zalfen, Dr. Hagen Wegewitz;

Saskia Hüneke, Dr. Gert Zöllner

Laura Kapp, Denny Menzel

gez.
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung der Dringlichkeit:

Am Wochenende des 10. bis 12. Februar 2023 kam es in Golm am Campus der Universität Potsdam zu einem queerfeindlichen Angriff von Jugendlichen auf Studierende. Dieser stellt den traurigen Höhepunkt einer sich zuspitzenden Situation in Golm dar. Um dieser Situation zu begegnen, bedarf es eines schnellen und entschlossenen Handelns der Zivilgesellschaft, sowie der Stadtpolitik.

Begründung:

Die Zunahme von Vandalismus in den vergangenen Monaten war bereits besorgniserregend. Mit dem Übergriff auf Studierende, hat die Lage in Golm jedoch eine neue Dimension erreicht. Wollen wir der Entwicklung nachhaltig begegnen, bedarf es dringend präventiver Maßnahmen. Dazu zählt neben der Ausschreibung von Stellen für Streetworker:innen, die die Sozialarbeiterinnen des örtlichen Jugendclubs nach dem Übergriff in einem Brandbrief an die Stadtpolitik eingefordert haben, auch die Ausweitung von Bildungsangeboten, sozialen Kontakten zwischen Hochschulangehörigen und Bevölkerung im Stadtteil, der Etablierung von Begegnungsräumen etc. A
All dies muss schnellstmöglich miteinander beraten und entwickelt werden, um noch vor der Sommerpause Angebote zu schaffen.